

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger daselbst.

No. 50.

Sonnabend, den 27. April

1895.

Die Aktion der Mächte in der ostasiatischen Frage.

Der Friedensvertrag von Schimonoseki hat in Ostasien eine wesentliche veränderte Lage geschaffen, und es gilt nunmehr für das Ausland — soweit es an den ostasiatischen Fragen eben interessiert ist — zu diesen neuen Verhältnissen Stellung zu nehmen. Die erheblichen territorialen und merkantilen Vortheile, welche dem siegreichen Japan seitens Chinas bei dem erfolgten Friedensschlusse zugestanden worden sind, würden dem Reiche des Mikado eine so hervorragende politische, strategisch-militärische wie kommerzielle Machtstellung im östlichen Asien verleihen, daß hierunter die berechtigten Interessen anderer Staaten in jenen Gebieten mehr oder weniger zu leiden hätten. Es haben sich darum Deutschland, Rußland und Frankreich zusammengethan, um zunächst auf diplomatischem Wege eine Revision der den europäischen Interessen in Ostasien nachtheiligen Bestimmungen des Vertrages von Schimonoseki zu veranlassen und sollen die in Tokio beglaubigten Gesandten der drei Mächte bereits nachdrückliche Vorstellungen bei der japanischen Regierung erhoben haben. Ueber den Eindruck dieser diplomatischen Reklamation in den Regierungskreisen von Tokio liegen noch keine authentischen Mittheilungen vor, nur wäre vielleicht zu erwähnen, daß die Proklamation, welche der Mikado infolge des Friedensschlusses mit China an sein Volk erlassen hat, kühnere Japan denke nicht daran, im Bewußtsein seiner Siege andere Staaten etwa zu beleidigen und seine Beziehungen zu befreundeten Mächten zu schädigen. Sollten in den japanischen Regierungskreisen wirklich solche friedlichen Anschauungen vorherrschen, dann wäre ja allerdings eine Grundlauge für die wünschenswerthe gütliche Verständigung zwischen Japan und den gegen die Friedensabmachungen mit China protestirenden europäischen Mächte gegeben.

Weit wirksamer würde nun freilich das eingeleitete diplomatische Vorgehen des Auslandes in Sachen des japanisch-chinesischen Vertrages gleich von Anfang sein, wenn sich Japan hierbei einer einheitlichen Aktion der europäischen Mächte gegenüberstellte. Aber es scheint demnach, als ob gerade diejenige fremde Macht, welche die ostasiatischen Vorgänge zweifellos am meisten berührt wird, England, gesonnen sei, sich dem von Deutschland, Rußland und Frankreich unternommenen gemeinsamen Schritte fern zu halten. Es heißt bestimmt, daß das Londoner Auswärtige Amt das ihm von russischer Seite zugegangene Ersuchen, England möge sich der diplomatischen Aktion der genannten drei Mächte gegenüber Japan anschließen, ablehnend beantwortet habe, wie denn auch die leitenden Londoner Blätter sich übereinstimmend gegen eine Beteiligung Großbritanniens an einer solchen Intervention ausgesprochen. Sollte demnach England in der That bei dem diplomatischen Vorgehen der beiden Kaiserreiche und Frankreichs in Ostasien passiv bleiben, so müßte diese Haltung den Verdacht nahe legen, daß England nach seiner beliebigen Manier bei den ostasiatischen Handlungen im Trüben fischen und vielleicht durch geheime Arrangements mit Japan den anderen Mächten zuvorkommen will, der englischen Krämerpolitik wäre ein solcher Streich schon zuzutrauen.

Vorerst bleibt indessen erst abzuwarten, wie das gemeinsame Auftreten der drei herorstreitenden Staaten des europäischen Continents auf Japan zurückwirken wird. Das die chauvinistische japanische Kriegspartei, beruhelt von den glänzenden Erfolgen der japanischen Waffen, dem intervenirenden Auslande nicht die geringsten Zugeständnisse machen möchte, das kann allerdings als sicher angenommen werden, aber die maßgebenden japanischen Staatsmänner werden sich gewiß nicht der Erkenntniß verschließen, wie bedenklich ein kriegerischer Konflikt für Japan mit europäischen Mächten namentlich im Hinblick auf die theilweise Erschöpfung des Inselreiches durch den chinesischen Feldzug leicht werden könnte. Andererseits dürfte es sich speziell Rußland doch ernstlich überlegen, mit Japan anzubinden, dazu sind die militärischen Vorbereitungen der Russen in Wodomoostod schwerlich schon weit genug gediehen. Deutschland jedoch wird sich erst recht nicht in kriegerische Abenteuer im fernem Osten einlassen, eine Mitbeteiligung ob einer europäischen Flottendemonstration an den ostasiatischen Küsten wäre da für Deutschland das Aeußerste. Ob eine solche Demonstration überhaupt notwendig werden sollte, darüber werden wohl die nächsten Wochen Aufschluß bringen.

Die Petroleum-Deuerung.

Die Fülle der Sorgen, welche der große Interessentkampf auf wirtschaftlichem Gebiete mit sich gebracht hat, fand erneut eine bedauerliche Vermehrung durch die jetzt eingetretene und noch immer im Fortschreiten begriffene Petroleumpreis-Erhöhung, welche namentlich in den Haushaltungen des sogenannten kleinen Mannes recht schmerzhaft zu verspüren ist. Zum rechten Ver-

ständniß der gegenwärtigen Lage dürfte es gelobten sein, dem Leser in kurzen Zügen die Geschichte der „Petroleumkriege“ und die damit zusammenhängenden Vorgänge vor Augen zu führen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist der gesammte Petroleumhandel monopolisirt, und zwar in den Händen der „Standard Oil-Company“, einer Gesellschaft von einigen unermesslich reichen Leuten, an deren Spitze Rockefeller steht. Seit 1886 hat die Gesellschaft ihre Thätigkeit auch auf Europa ausgedehnt. Auf jede mögliche Weise wurde der Kampf gegen die Konkurrenz geführt. Man baute Oelbrenner, die unter-pactes Oel an Bord nehmen konnten und am Bestimmungsort einfach leer gepumpt wurden. Das verdrängte den Transport in Fässern und gab den Inhabern von Pumpstationen und Tanks ein Übergewicht über ihre Concurrenten. Seit dem Jahre 1890 begann die Gesellschaft, die hauptsächlichsten Einfuhrhäfen in Hamburg, Bremen, Stettin, Rotterdam, Antwerpen und London in Filialen zu verwandeln, so daß der freie Einfuhrhandel sammt der Schifffahrt für Fässerpetroleum fast ganz aufgehoben wurde. Dann kam auch das Versandgeschäft nach dem Binnenlande an die Reihe. Man schloß mit den größeren Händlern Contrate ab, wonach das Geschäft unter der Aufsicht und Leitung der Monopol-Gesellschaft geführt wurde und das Petroleum nur von dieser bezogen werden durfte. Die Gesellschaft garantierte dafür dem Händler seinen bisherigen Absatz und verpflichtete sich, ihn für einen etwaigen Ausfall haark zu entschädigen. Endlich machte sich die Gesellschaft durch allerlei praktische Neuerungen auch die Kleinhändler unterthan. Diese erhielten Standgefäße, die bequem aus Tankwagen von der Straße aus gefüllt werden können, wozu der Händler garantiren mußte, kein anderes Petroleum als das der Gesellschaft zu kaufen. Auf diese Weise gelang es der Gesellschaft, fast den gesammten Petroleumhandel in ihre Hände zu bekommen. In Deutschland sind es noch eine Bremer und eine Mannheimer Firma, die sich in dem verweirten Kampfe bisher behaupten konnten.

Einen mächtigen Konkurrenten aber hatte die Oil-Company doch, d. i. die russische Petroleum-Produktion. Wiederholt wurden nun Versuche gemacht, eine Einigung und ein Zusammengehen der beiden Gegner herbeizuführen. Aber alle Verhandlungen waren bisher daran gescheitert, daß die Russen erst die Verdrängung der beiden deutschen Konkurrenten verlangten. Die Amerikaner versuchten jetzt, die Russen und die übrigen Konkurrenten durch Drücken der Preise zu überwinden und sich so zu machen. Bei diesem Kampfe hat der Dritte, der Verbraucher, den Vortheil, denn die Preise des Petroleums sanken beständig und zwar auf eine Tiefe, die sie selber nicht erreicht hatten. Wenn das jetzt aber aufhört und die Preise plötzlich steigen, so liegen eben nur zwei Möglichkeiten vor. Entweder — das wäre der günstige Fall — die Standard Oil-Company hat den Kampf aufgegeben und sie will sich von dem jahrelangen Preisdrücken erholen; oder aber — das wäre der ungünstige und sehr bedenkliche Fall — die angestrebte Einigung der Amerikaner mit den Russen ist doch nun zu Stande gekommen, vielleicht gar auch mit den beiden deutschen Firmen. Welche der beiden Annahmen zutrifft, wird sich in Kurzem ausweisen müssen. Im ersteren wird die Preissteigerung keine bedenkliche sein und bleiben, im zweiten Falle aber werden die Preise noch ganz erheblich in die Höhe gehen. Es gilt also, die Vorgänge auf dem Petroleummarkt mit äußerster Aufmerksamkeit zu verfolgen, damit jenen Monopolbestrebungen nöthigenfalls in geeigneter Weise gegenüber getreten werde.

Tagesgeschichte.

Der Reichstag nahm am Dienstag seine Arbeiten nach Ablauf der Osterferien mit der Spezialberatung der Zolltarif-Novelle wieder auf, bei leider sehr schwach besetztem Hause. Die Sitzung wurde durch eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Zulässigkeit des Antrages Stamm-Müller, betr. die Abänderung des § 8 des Zolltarifgesetzes, eingeleitet, welche mit dem Beschlusse endete, eben zunächst diesen Antrag zu beraten. Derselbe will, entgegen der von der Kommission beantragten Resolution, wonach die Regierung ein besonderes Gesetz, betr. die Belegung selbst zollfreier Waaren mit Zöllen, vorlegen soll, daß eine bezügliche Bestimmung direkt in die vorliegende Novelle aufgenommen werden soll. In letzterem Sinne äußerten sich die Abgeordneten Müller (nat.-lib.), von Solich (kons.) und Gomp (freikons.), auch Reichskassenschatzsekretär Graf Posadowsky nahm eine wohlwollende Stellung zu dem Antrage ein, während die Abgeordneten Dr. Hammer (nat.-lib.), Dr. Barth (fr. Volksp.), Dr. Weyer (fr. Bg.) und Richter (fr. Volksp.) für die Vorschläge der Kommission eintraten. Abg. v. Bennigsen wünschte bis zur dritten Lesung noch bestimmtere Erklärungen der Regierung in der Frage zu hören. Schließlich fand der Antrag Stamm-Müller mit erheblicher Mehrheit Genehmigung.

In weiteren Fortgange der Sitzung gelangten die Positionen „Aether“ und „Bau- und Kuppelholz“ der Zolltarif-Novelle nach den Kommissionsbeschlüssen zur Annahme, einen vom freisinnigen Abgeordneten Buddeberg gestellten Antrag auf Ausdehnung der zollfreien Uebergangsperiode für Bau- und Kuppelholz im Grenzverkehr bis zum Jahre 1903 lehnte das Haus ab. In der Mittwochsitzung wurden die übrigen Bestimmungen der Novelle, sowie die mit letzterer zusammenhängende kaiserliche Verordnung, betr. die Erhebung eines Zollauschlages für Waaren aus Spanien und den spanischen Kolonien, erledigt.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung des Antrages Kanitz hat sich konstituiert und den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Paasche einem Gegner des Antrages, zum Vorsitzenden gewählt. Die Kommission für die „Umsturz-Vorlage“ hielt am Mittwoch eine letzte Sitzung zur Feststellung des Berichtes ab; die Vorlage dürfte in der ersten Reichshälfte zur weiteren Beratung im Plenum kommen. Die Kommission für die Tabaksteuer-Vorlage tritt am 1. Mai zur zweiten Lesung zusammen.

Berlin. Zu den Eröffnungsfestlichkeiten des Nordsee-Anals wird der gesammte Reichstag eingeladen werden.

Das Reichstag steht hart vor der Thür, in den Arbeiterblättern ist aber von besonderer Feststimmung noch wenig zu verspüren. Selbst der „Vorwärts“ mahnt, daß die Arbeiter, die bei der Feier am 1. Mai mit Arbeitsentlassung zu rechnen hätten, sich nicht unnütz in Gefahr begeben sollen. Und soweit sich erkennen läßt, ist auch nirgends die Lust vorhanden, eine neue Kraftprobe in Szene zu setzen. Nur in den großen Städten werden die üblichen Festveranstaltungen an diesem Abend abgehalten werden.

Kaum ist der Friedensvertrag zwischen Japan und China ratifizirt, und schon wissen Berliner Börsenblätter von Verhandlungen zu berichten, welche über eine Anleihe von 50 Millionen Mark der chinesischen Regierung und der deutschen Bankgruppe abzuhandeln sollen. Zinsfuß und Uebernahmescours sollen bereits vereinbart worden sein. Das Geschäft mag für die betreffende Bankgruppe sehr gewinnverheißend sein, zumal China durch seine Zolleinnahmen noch ein hübschliches Unterpfand geben kann. Indessen müssen doch gegen die neue Anleihe ernste Bedenken erhoben werden. Nach dem Börsenreform-Gesetzentwurf ist vor der Zulassung fremder Wertpapiere ein Prospekt mit solchen Angaben zu veröffentlichen, die für die Beurtheilung der Werthe der einzuführenden Papiere wesentlich sind. China hat kein Budget im europäischen Sinne, und so wäre voraussichtlich dieser Bedingung nicht entsprochen werden können. Immerhin wäre in diesem Falle, zumal diese Bestimmung noch nicht in Kraft steht, eine Ausnahme zu machen, wenn die betreffende Bankgruppe nachweisen könnte, daß sie bei dem Abschluß der Anleihe die Interessen von Deutschlands Ausfuhrindustrie und Ausfuhrhandel ausreichend gewahrt habe und daß bei der Verwendung des von Deutschland flammenden Anleihekapitals deutsche Interessen berücksichtigt werden würden. Wenn China mit dem Abschluß dieser Anleihe neue Kriegsschiffe oder sonstigen Kriegsbedarf oder Eisenbahnschienen oder sonstige Erzeugnisse etwa aus England oder Nordamerika beziehen sollte, dann müßte von maßgebender Stelle dieser Anleihe entgegengetreten werden, was durch offiziöse Rundgebungen wirksam genug geschehen kann.

Der Streik der Pariser Omnibusbedienten behält noch immer sein bedrohliches Aussehen. Die Streikenden bezogen fortgesetzt Ausschreitungen und haben täglich Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmen. Auch wird bereits die Frage eines Generalstreikes aller im Personentransportwesen in Paris Angestellten aufgeworfen. — Die Operationen der Franzosen auf Madagaskar nehmen ihren siegreichen Fortgang. Die französischen Truppen eroberten das Fort Ambohimarina, die kleine Batterie Mahabo und das verschanzte, von 3000 Homas verteidigte Lager von Madane; die Homas erlitten in diesen Kämpfen starke Verluste. Nach einem Berichte des bekannten deutschen Forschungsreisenden Eugen Wolff aus Madagaskar ist der Stamm der Sakalaven zu den Franzosen übergegangen.

Auf der Insel Cypern macht sich eine Bewegung bemerklich, welche auf Trennung Cyperns von England und Uebergang der Insel an Griechenland zielt. Die Angelegenheit verursacht erhebliche Erregung unter den Cyprioten, es werden Zusammenstöße zwischen Türken und Griechen befürchtet. — Die tonangebenden Londoner Blätter sprechen sich sämmtlich gegen eine Theilnahme Englands an der eingeleiteten diplomatischen Aktion Rußlands, Deutschlands und Frankreichs zur Revision des Vertrages von Schimonoseki aus. Es erscheint, daß diese Auslassungen der Londoner Presse die Anschauungen der Londoner Regierungskreise in der ostasiatischen Interventionsfrage wiedergeben.

Vom Kaiser von Japan ist infolge des Friedensschlusses